

Anlage 6
Niederschrift
Rat 14.12.09
TOP 55.1 ö. S.

Entwurf Wortbeitrag Rh. Eckloff für Ratssitzung am 14.12.2009

(es gilt das gesprochene Wort)

Zu Beginn des Projekts „Soziale Stadt“ wollte die Verwaltung einen nichtöffentlich tagenden Stadtteilbeirat, also einen unter Ausschluss der Bürgerschaft. Dies konnte nur durch den entschiedenen Widerspruch der Akteure vor Ort verhindert werden. Erreicht wurde letztlich, dass sich alle Rheindorfer Bürger unmittelbar, aber ebenso Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Schulen, Vereine und sonstige Interessengruppen mit Vorschlägen einbringen konnten und bis heute können. Auf Stadtteilkonferenzen und in den Facharbeitskreisen konnte und kann jedermann mitarbeiten, bevor der demokratisch besetzte Stadtteilbeirat auf Grundlage dieser Vorarbeiten der Bezirksvertretung und dem Rat entsprechende Beschlussvorschläge unterbreitet.

Demokratischere, bürgernähere und transparentere Projektstrukturen sind schlechterdings nicht vorstellbar. Sie haben sich zudem für die Rheindorfer Bürgerschaft als höchst erfolgreich erwiesen. Der Fortbestand des Bauspielplatzes in neuer Trägerschaft ist beschlussreif, der Grundsatzbeschluss über den Neubau des Jugendhauses ebenfalls, die Maßnahmen zur Attraktivierung des Friedensparks laufen, der Ausbau altersgerechten Wohnraums ist in die Wege geleitet, Stadtteilstefeste wurden unter großer Bürgerbeteiligung erfolgreich durchgeführt.

Trotzdem sieht die Vorlage der Stadtverwaltung nun vor, diese erfolgreichen Strukturen zu opfern und an ihrer Stelle eine bürgerferne Zusammensetzung eines künftigen sogenannten „Projektbeirates“ zu schaffen. Begründet wird dies von der Stadtverwaltung erstens damit, bestimmte, an Fördermitteln interessierte Institutionen hätten bislang keinen Ort gehabt, an dem sie sich gebührend hätten einbringen können sowie zweitens, Mitglieder des Stadtteilbeirates hätten sich „allzu vehement“ für die Interessen der Bürgerschaft eingesetzt.

Die erste Behauptung ist – wie ausgeführt – schlicht unwahr und gerade deshalb so entlarvend. Die zweite Behauptung ist nicht stichhaltig: Denn die weitaus meisten der Beschlussvorlagen wurden im Stadtteilbeirat einstimmig verabschiedet. Dass Demokraten untereinander manchmal auch mit Vehemenz um die beste Lösung für

den Stadtteil ringen, kann nicht – jedenfalls nicht ernsthaft – zum Anlass genommen werden, bürgernahe und demokratische zugunsten bürgerferner Strukturen abzuschaffen.

Tatsache ist: Die von der Verwaltung gewünschte Zusammensetzung schließt die 16.500 Rheindorferinnen und Rheindorfer aus und trifft deshalb auf den erbitterten Widerstand der Bürgerschaft. Dies völlig zu Recht: Denn ein solches, vielfach nicht einmal mit Rheindorfer Bürgern besetztes Gremium würde aus dem „Elfenbeinturm“ heraus über die angeblichen Interessen Rheindorfs reden und Vorentscheidungen treffen. Dass unter Ausschluss der Bürger sogar fast ausnahmslos nur noch Vertreter in den sogenannten „Projektbereit“ entsandt werden sollen, deren Verbände selbst Nutznießer aus Mitteln der Sozialen Stadt sein können, ist wegen der damit vorprogrammierten Interessenkollision zudem äußerst fragwürdig. Denn damit bliebe nicht weniger als die notwendige Unabhängigkeit bei der Diskussion und der Entscheidung über die Vergabe immerhin staatlicher Fördermittel an die Interessenverbände auf der Strecke. Auf der Strecke blieben zudem vorhersehbar die für die Bürgerschaft wichtigsten Projektziele, z.B. die nachhaltige städtebauliche und bauliche Aufwertung der Stadtteils substanz durch Modernisierung, Abriss und Neubau.

Dies alles kann offensichtlich nicht im Interesse der Rheindorfer Bürgerschaft liegen. Besonders empörend ist aus Sicht der Bürgerschaft, dass keiner der vielen Versuche örtlicher Mandatsträger, Vereinsvertreter und Bürger, zumindest einen Kompromiss zu finden, der die verschiedenen Standpunkte berücksichtigt, bei der Verwaltung auf taube Ohren stießen. Ich wage die Prognose, dass eine derart bürgerferne Politik auf längere Frist – nicht nur in Rheindorf – zum Scheitern verurteilt ist. Denn eine Politik, die sich so offensichtlich gegen die Bürgerschaft und den Bürgerwillen richtet, ja sogar Protest und Zorn gegen Oberbürgermeister und verantwortlichem Beigeordneten hervorruft, kann keinen Erfolg haben.

Bei dieser Sachlage ist klar, dass ich als Rheindorfer Mandatsträger der Verwaltungsvorlage selbstverständlich nicht zustimmen, sondern - wie die Bezirksvertretung I – für die Beibehaltung der bürgernahen Projektstrukturen stimmen werde.